

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Bestellen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50
Dort. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung
und Anzeigen der Jobstellen die Hälfte.

Nr. 48.

Cöln, den 30. November 1906.

VII. Jahrgang.

Betriebsergebnisse im Jahre 1906.

Wir befinden uns gegenwärtig im Zeichen der Hochkonjunktur. Alle industriellen Betriebe sind voll beschäftigt, die Produktion wird mit Hochdruck gearbeitet und die Fabrikationskosten sind überaus günstig. Auch sonstige gewerbliche Erzeugnisse haben einen guten Geschäftsgang zu verzeichnen, da dieselben an dem allgemeinen Aufschwung teilhaben. Wir bringen nachstehend eine Anzahl von Betriebsergebnissen namhafter gewerblicher Unternehmungen, wie sie aus den Handelszeitungen ersichtlich sind. Aus demselben ist zu ersehen, welche große Betriebsgewinne im vergangenen Jahre erzielt wurden.

So sind es vor allem die Bergwerksunternehmungen, die in erster Reihe stehen. Es sind dieselben Unternehmungen, die erst die bescheidenen und berechtigten Forderungen der Arbeiter ganz ablehnten und dann auf Drängen der öffentlichen Meinung hin, dieselben an die Arbeiterausschüsse einzelnen Gruben verwiesen, wobei zweifellos nicht viel zu haben sein wird. Dabei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß die Kurse der Bergwerkspapiere durch deren absichtlich niedrig gehalten werden, um hierdurch die Arbeiterforderungen desto leichter abweisen zu können. Wir schreiben, entweder freiwillig oder frivolo, die Handelszeitung des „Düsseldorfer Gen.-Anz.“ Nr. 240 ganz offen: Die leitenden Kreise (Bergwerksbesitzer) werden gerade, um die Arbeiterforderungen nicht zu befriedigen, werden zu lassen, dafür gesorgt, daß nach dem Ende der Ertragnisse der Gesellschaften als zu hoch erscheinen. Sie nehmen besonders die Abschreibungen vor und sorgen überhaupt die Stellung von möglichst viel stillen Reserven. Die stillen Reserven sind zwar Besitzer eines großen Teiles der Aktien, aber sie haben, weil sie die Werke zu ihrem Kapitalbesitz haben, wenig Interesse an vermäßig hohen Kursen. Und so sind sie es, die die Kurse auf einem normalen Niveau halten, um dadurch der Arbeiterschaft nicht den Mund zu lassen, eine Lohnsteigerung rechtfertigen zu können, die Folge des hohen Kursniveaus der Aktien.“

Also durch besonders große Abschreibungen und durch die Bildung von möglichst viel stillen Reserven will man das Betriebsergebnis nicht zu hoch erscheinen lassen und die Aktionäre der „Schweizer Bergwerksverein zu Schwyz“ und die „Sachsenbergener Bergwerksaktiengesellschaft 11%, Schaller Gruben- und Hüttenverein“ 27 1/2% Dividende erhalten. Die Bergwerksgesellschaft „Gibbernia“ erzielte allein im Quartal d. J. einen um 896 000 M. höheren Ueberschuss als im gleichen Quartal des Vorjahres. Die Bergwerksgesellschaft „Steinlohlenbergwerk Nordstern“ ebenfalls im Quartal einen 659 000 M. höheren Ueberschuss als im gleichen Zeit des Vorjahres. Jedoch mit diesen Gewinnen sind die Bergwerksbesitzer noch nicht zufrieden, das Kohlenpreisen hat wiederum eine erhebliche, am 1. April 1907 in Preisen von 1 M. bis 2,50 M. betragende Preissteigerung pro Tonne vorgenommen und dieses mit der Begründung der Selbstkosten begründet. Ähnlich wie im Bergbau liegen auch die Verhältnisse beim Kalibergbau; hier über große Gewinne. Die mit dem Bergwerksbetrieb zusammenhängende Bohrindustrie hat freilich alles Dagegenüber überflügelt, indem die „Internationale Bohrindustrie in Erkelenz“ trotz der Rücklage von 5 Mill. eine Dividende von 500% ausschütten konnte, gegen im Vorjahre. Also in einem einzigen Jahre erhalten die Aktionäre dieses Unternehmens das Fünffache ihres investierten Geldes zurück, dabei wird noch die gleiche Summe an Dividenden zurückgelegt, neben überreichen Abschreibungen. In der schweren Eisenindustrie, in den Hütten- und Maschinenbau und im Maschinenbau wurden ebenfalls die besten Resultate erzielt. Nach den Gepflogenheiten dieser Industrie werden auch hier in den günstigen Jahren große Teile als Reserven zurückgelegt, oder gleich zu Betriebszwecken oder Neuanlagen verwertet.

Es wurden folgende Dividenden verteilt:

	1906	1905
Düsseldorfer Röhrenindustrie zu Düsseldorf	12%	
Stahlwerk Höpfer	15%	
Stahlwerk Hüttenwerke	14%	12%
Stahlwerk Witten	20%	13%
Stahlwerke Meiderich	12%	
Stahlröhrenwerke	23%	
Stahlverein Akt. Ges. f. Br. u. G.	15%	
Stahlindustrie zu Hamm	15%	12%
Stahlmetallindustrie zu Lippstadt	10%	4%
Stahlhütte	45%	40%
Stahlische Maschinenbau-A.-G.	20%	
Höpfer Akt. G. in Düsseldorf	12%	
Höpfer Maschinenfabrik Augsburg	17 1/2%	13 1/2%
Maschinenbauanstalt Humboldt in Rast	7 1/2%	7%
Wagner Bergb., Blei u. Zinkfabrikation	10%	
Werkzeugmaschinenfabrik	9%	
Werk Hüttenwerke	18%	14%

Phönix Akt.-Ges. in Ruhrort	15%	10%
Akt.-Ges. für Kohlendestillation	12%	
Wälke, Telling & Comp. Barmath	8%	
Deutsch-Burg. Bergw. u. Hüttengef.	10%	0%

Diese Liste ließe sich noch beliebig erweitern, jedoch dürften die vorliegenden Angaben genügen, um ein Bild der heutigen Konjunktur in der Eisenindustrie zu geben. Daß die ausbezahlten Dividenden vielfach noch bedeutend höher sein könnten, beweist z. B. der Abschluß der Lokomotivbauanstalt „Hohenzollern“ in Düsseldorf. Hier beträgt der Reingewinn 862 900 M., verteilt werden jedoch nur 384 000 M. als 12% Dividende, 300 000 M. wurden zur Verfügungsrechnung gestellt, 100 000 M. der Beamten-Ruhegeldkasse überwiesen und 78 900 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Daneben wurden aus dem Rohüberschuss noch 106 564 M. zu Abschreibungen verwandt. Daß jedoch trotz dieser enormen Verdienste man nicht gewillt ist, auch den Arbeitern einen angemessenen Teil zukommen zu lassen, beweist das Vorgehen mancher dieser Betriebe gegen ihre Arbeiterschaft und deren Organisation. Noch in den letzten Wochen zeigte sich dieses recht deutlich auf dem Hüttenwerk „Rothe Erde“ bei Aachen, einem Werke, welches in den letzten Jahren regelmäßig 80 und noch mehr Prozente an Dividenden verteilt hat. Wie lange nun die heutige gute Konjunktur in der Eisenindustrie noch anhalten wird, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Jedoch müssen die „Meidericher Stahlwerke“ mindestens noch mit einer länger dauernden sehr guten Beschäftigung rechnen, da sie zu den vier vorhandenen, noch einen neuen Hochofen errichten wollen, und zu diesem Zwecke sogar eine ganze Straße niederlegen lassen.

Günstig abgesehen hat ebenfalls die elektrotechnische und chemische Industrie. Hier verteilt die „A.-G. Siemens und Halske in Berlin“ 10% gegen 9% im Vorjahre. Die „Siemens-Schuckertwerke“ ebenfalls in Berlin, erzielen nach eigener Angabe wesentlich günstigere Ergebnisse als im Vorjahre. Die elektrotechnische Fabrik von „Max Schorch in Rheddt“ verteilte 8% Dividende. Die „Herkuleschen Bergwerke und chemische Fabriken in Schwelm“ erzielten 12%, die chemische Fabrik vormals Weiler ter Meer in Ardingen 8% und die „Cölnener Dynamitfabrik“ in Cöln 15% Dividende. Die „Eberfelder Farbenfabriken“ vormals Friedrich Bayer in Eberfeld und Leverkusen verteilten 33% gegen 30% im Vorjahre. Bezeichnend ist, daß in Betrieben letzterer Unternehmung jegliche Organisation verboten ist; freilich weiß man auch weshalb. Die Organisation, sie soll nicht hineinschleichen können in die herrschenden Zustände. Aus diesem Grunde kann man nur unorganisierte, am besten ausländische Arbeiter gebrauchen. Daß das gesamte Ergebnis der chemischen Fabriken ebenfalls ein sehr günstiges ist, gibt der „Verein zur Wahrung der chemischen Interessen Deutschlands“ bekannt. Danach haben 142 Aktiengesellschaften mit einem angelegten Kapital von insgesamt 468 Mill. Mark im Jahre 1905 durchschnittlich 10, 12% Dividende auszahlen können gegen 9,52% im Vorjahre.

Auch die Waggonfabriken haben günstige Ergebnisse und größere Aufträge für das nächste Geschäftsjahr aufzuweisen. Die Düsseldorfer Waggonfabrik teilt 19% Dividende gegen 17% im Vorjahre. Die Uerdinger Waggonfabrik, ein noch junges Werk, kann trotzdem 6% verteilen und die vom Vorjahre noch rückständigen 3% Dividende auszahlen.

Aus verschiedenen Industrien seien noch folgende Ergebnisse mitgeteilt:

„Kammgarnspinnerei Kaiserslautern“	10%	8%
„Rheinischer Aktienverein f. Zuckerfabrikation“	7%	5%
„Höfel Brauerei Düsseldorf“	10%	
„Schlegel Brauerei Bochum“	10 1/2%	
„Niederrheinische A.-G. für Lederfabrikation“	10%	
„Bereinigte Pinselfabrik Nürnberg“	12 1/2%	

Die Schiffsahrtsgesellschaft „Norddeutscher Lloyd“ hat einen Ueberschuss von 21 Millionen Mark zu verzeichnen gegenüber einem solchen von 18 Millionen Mark im Vorjahre. Auch die Portland-Zementwerke machten gute Geschäfte, wie aus der Kurssteigerung der betr. Aktien hervorgeht. Nach einer diesbezüglichen Zusammenstellung haben die Aktien von 18 Fabriken eine Kurssteigerung von 14,4% im Durchschnitt zu verzeichnen, was einem Kapitalwert von 7 Mill. Mark gleichkommt.

Wo so nun überall der Goldregen fällt, da dürfen auch die Versicherungsgesellschaften nicht fehlen. Die allgemeine Versicherungsgesellschaft „Victoria“ in Berlin verteilte 50% gegen 47% des Vorjahres, während die Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft sogar 100% verteilen konnte, hat also jedenfalls trotz der Brandschäden ein riesiges Geschäft gemacht. Die „Bayenthaler Bodengesellschaft in Cöln“ verteilt trotz ungünstiger Verhältnisse, über welche in der Generalversammlung Klage geführt wurde, 15% Dividende, während die „Berlinerische Bodengesellschaft in Berlin“ in runder Summe 100% Dividende verteilt. Also das gesamte eingezahlte Aktienkapital erhalten die glücklichen Spekulanten in diesem Jahre zurück,

während sie im vergangenen bereits 30% als Dividende erhielten.

Wenn man sich solche Ergebnisse vergegenwärtigt, dann taucht einem unwillkürlich der Gedanke auf, welchen Anteil erhält der Arbeiter von solchem Millionenregen, wo auf den Kopf des einzelnen Arbeiters Hunderte, ja Tausende von Mark nach Abzug aller Unkosten verdient werden. Wie viele von den Arbeitern erhalten einen gänzlich ungenügenden Lohn, trotz schwerer Arbeit und langer Arbeitszeit, wie viele Unfälle, wie viele Krankheitstage, wie viele Entbehrungen des Arbeiters und seiner Familie sind darin enthalten? In wie vielen von diesen genannten Betrieben wird der Arbeiter als gleichberechtigter Kontrahent beim Abschluß des Arbeitsvertrages beachtet, wo ist nur durch einigermaßen selbständige Arbeiterausschüsse dafür gesorgt, daß die Arbeiter ihre Wünsche betreffend Schutz von Leben und Gesundheit der Betriebsleitung übermitteln können? Vieles bleibt der Organisation noch zu tun übrig, ehe hier durchgreifende Hilfe und Besserung geschaffen ist. Vieles bleibt auch noch zu tun übrig, ehe die Arbeiterschaft die Anerkennung und Gleichberechtigung mit den anderen Ständen errungen hat, ehe ihr ein gerechter Anteil an den Kulturgütern gesichert ist. Der einzige Weg hierzu ist die weitere Stärkung, Kräftigung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsorganisationen.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine

steht gegenwärtig durch den dem Reichstage zugegangenen Entwurf in Vordergrund der sozialpolitischen Erörterungen. In der Presse, wird allgemein der Stimmung Ausdruck gegeben, daß der vorliegende Gesetzentwurf keineswegs das bringe, was man als Gewerkschaftsrecht bezeichnen könne. Auf diesem Standpunkte stehen nicht nur sozialdemokratische, sondern auch bürgerliche Presseorgane. Wir haben in letzter Nummer bereits auf die verschiedensten Mängel der Vorlage hingewiesen und können nicht umhin zu erklären, daß dieselbe so wie sie ist, niemals zum Gesetze erhoben werden darf. Steht auch fernerhin die Erwerbung der Rechtsfähigkeit den einzelnen Berufsvereinen frei, so wäre es doch verfehlt, ein neues Gesetz zu schaffen, von dem man von vornherein weiß, daß es eine Beseitigung „des Hängens der Gewerkschaften zwischen Himmel und Erde“ nicht bringen kann. Das deutsche Volk schleppt in seiner Gesetzgebung schon genügend Ballast an Paragraphen, die als lästig und unnützlich bezeichnet werden können. Mit vollem Recht bemerkt die „Sozial. Corr.“: „Wenn aber dieser Entwurf bestimmt sein soll, das Gewerkschaftsrecht zu regeln, gewissermaßen ein Gewerkschaftsrecht zu schaffen für die gewerblichen Arbeiter, so muß der Versuch als verunglückt bezeichnet werden. Denn die Bestimmungen des Gesetzes sind beruht einengend für die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften, daß kaum eine Organisation davon Gebrauch machen könnte, falls der Entwurf Gesetz würde.“

Zuerst fragt es sich, welchen Vorteil bringt die Rechtsfähigkeit der Organisation? Die rechtsfähigen Vereine können auf ihren Namen Vermögen erwerben, Hypotheken aufnehmen und ausgeben (Grundbuchrechte), sie können Prozesse führen, d. h. Klagen gegen andere, kurz alle Rechtsgeschäfte ausüben, welche an den Begriff juristische Person geknüpft sind. Diese Rechte sind gewiß wichtig mit Rücksicht auf die großen Vermögen, welche die beruflichen Organisationen zu verwalten haben. Außerdem gewinnt auch der rechtsfähige Verein an Festigkeit und Sicherheit, weil er auf einer rechtlichen Basis beruht. Die gewerkschaftlichen Organisationen entbehren diese Rechtsfähigkeit, haben sich aber allgemein an den Zustand gut gewöhnt, so daß bei diesen das Bedürfnis nach der Rechtsfähigkeit nicht so groß ist, daß sie deshalb ihre freie Stellung preisgeben würden. Deshalb haben dieselben bis jetzt auch von dem Rechte der „eingetragenen Vereine“ nach dem bürgerlichen Gesetzbuch keinen Gebrauch gemacht. Der neue Gesetzentwurf erleichtert die Erwerbung der Rechtsfähigkeit insofern, als er abweichend von den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches die Beschäftigung mit politischen und sozialpolitischen Fragen, soweit sie sich auf die Berufsinteressen der Mitglieder beziehen, gestattet. Auch einige andere Vorteile bringt das neue Gesetz, z. B., daß Frauen und Minderjährige an den Vereinen und Versammlungen, auch wenn politische und öffentliche Fragen behandelt werden, teilnehmen. Dies letztere ist wohl der wichtigste Vorteil, weil er den ersten Schritt zu einem Reichsvereinsgesetz darstellt. Dann fällt für den eingetragenen Verein die Einreichung der Mitgliederliste an die Polizeibehörde fort.

Dafür enthält aber der Entwurf Bestimmungen in der Führung der Mitgliederliste, welche für Gewerkschaften undurchführbar sind. So soll der eingetragene Verein ein Mitgliederverzeichnis führen. In welcher Form und Art ist nicht gesagt. Aber es erhellt ohne weiteres, daß den Gewerkschaften, welche zehntausende und hunderttausende von Mitgliedern zählen, dadurch eine recht schwierige und zeitraubende Arbeit aufgebürdet würde, abgesehen davon, daß wegen des

starken Bedarfs ein zuverlässiges Mitgliederverzeichnis überhaupt nicht geführt werden kann. Außerdem entfällt der Entwurf noch eine ganze Reihe Bestimmungen, welche in die gewerkschaftliche Praxis gar nicht hinein passen. Am schlimmsten sind die Bestimmungen über die Entziehung der Rechtsfähigkeit. Dieselbe kann erfolgen, wenn der eingetragene Verein z. B. einen Streik herbeiführt oder fördert, durch welchen die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung gestört oder eine allgemeine Gefahr für Menschenleben verursacht wird. Damit ist den Arbeitern dieser Kategorie das Streikrecht genommen, ohne daß ihnen irgend eine andere Form der wirksamen Vertretung ihrer beruflichen Interessen gegeben wird. Die Entziehung der Rechtsfähigkeit hat für den betreffenden Verein äußerst nachteilige Folgen, z. B. Liquidation des ganzen Vermögens. Außerdem hat die Verwaltungsbehörde das Recht, ohne das Streitverfahren über die Entziehung der Rechtsfähigkeit abzuwarten, „diejenigen Maßnahmen gegen den Verein zu treffen, die zur Abwendung der Gefahr im öffentlichen Interesse geboten erscheinen.“ D. h. die Polizei kann eventuell die Kasse und Bücher beschlagnahmen und den Vorstand verhaften lassen. Und dieses Recht ist den Behörden gegeben.

1. Wenn Gelder für einen Zweck verwendet werden, „der der Sache fremd ist“ und falls er in der Sache enthalten wäre, ein Einpruchsrecht der Behörden gegen die Rechtsfähigkeit gerechtfertigt hätte. Da nach § 1 des Entwurfs der Verein „nur“ Zwecke verfolgen darf, welche „unmittelbar“ in Beziehung stehen mit dem Beruf der Mitglieder, so könnte allein die Unterstufung eines Streiks einer anderen Berufsorganisation zu jener verhängnisvollen Maßregel führen.

2. Wenn durch einen gesetzwidrigen Beschluß der Mitgliederversammlung oder des Vorstandes das Gemeinwohl gefährdet wird, hier fürchten die Arbeiter willkürliche Konstruktion seitens der Behörden bei ihnen unliebsamen Streiks oder andere durch die Gewerkschaften inszenierte Bewegungen. Die Behörden brauchen bloß in Folge eines Formfehlers den Beschluß einer Gewerkschaft als ungesetzlich zu bezeichnen und das Recht zu haben, die Kassen zu beschlagnahmen etc. Eine nachherige Rettifizierung der Maßnahme durch eine höhere Behörde kann die momentane Wirkung nicht mehr aufheben.

Das sind ganz bedenkliche Dinge! Die Regierung wird nach mancher Richtung erhebliche Verbesserungen zugestehen müssen, wenn etwas aus dem Gesetz werden soll.

Andererseits muß aber auch betont werden, daß ein zugeordnetes Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, dazu geeignet ist, den Gedanken einer gewerblichen Interessenvertretung der Arbeiter durch eine wirklich neutrale Organisation zu fördern. Wir stehen keineswegs auf dem Standpunkte, daß die englischen Gewerkschaften in allen Punkten vorbildlich für die deutsche Arbeiterbewegung werden sollen, aber manches lernen könnte man in Deutschland doch von ihnen. Leider erweisen sich hier die „freien“ Gewerkschaften als das größte Hindernis. Durch ihr stetes Betonen der Einheit mit der sozialdemokratischen Partei, sind sie in eine Sackgasse gerannt aus der schlecht ein Ausweg möglich ist. Wenn daher politische Bestrebungen d. h. parteipolitische in den Gewerkschaften durch den Gesetzesentwurf verpönt sind, so ist es erklärlich, wenn die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse sich mit Händen und Füßen dagegen sträubt. Würde doch ihre Tätigkeit im Dienste des sozialdemokratischen Gedankens vollständig dadurch lahm gelegt. Gleichzeitig würde das der Anfang vom Ende der starken deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung bedeuten. So wie die Dinge heute liegen, und bei den weitgehenden Rechten, welche der Entwurf den Behörden gibt, liegt jedoch die Gefahr nahe, daß nicht nur die sozialdemokratische, sondern jede selbständige Arbeiterbewegung überhaupt, unter der Rechtsfähigkeit Schaden leiden würde.

Zur Schwarzwaldbewegung.

Unsern Kollegen ist bereits durch die letzte Nummer unseres Organes der schmälliche Verkauf der Arbeiter an die Unternehmer durch die sozialdemokratischen Verbände bekannt geworden. Die Lage der Bewegung ist nun aber auch noch in ein neues Stadium getreten durch folgende Antwort der Arbeitgeber auf unser neueres Vorgehen:

„An die Arbeiter der Uhrenindustrie und der verwandten Industrien des Schwarzwaldes: Veranlaßt durch die Arbeiterbewegung der letzten Zeit und durch die uns durch Vermittlung zugegangenen Forderungen stellen wir den Arbeitern anheim, ihre etwaigen Beschwerden mit näherer Begründung je ihren eigenen Betriebsleitungen selbst (oder durch den Arbeiterausschuß direkt) darzulegen, damit sie unsern Ausschuss unterbreitet werden können. Der Ausschuss wird sie event. unter Zuziehung einer freigewählten Vertretung aus der Arbeiterschaft wohlwollend prüfen und nötigenfalls das weitere veranlassen. Da in Triberg schon ein Ausstand eingeleitet ist, machen wir zur Bedingung weiterer Verhandlungen, daß die dortigen Kündigungen zurückgenommen werden.“

Aus dieser Antwort geht zunächst hervor, daß die Arbeitgeber von dem Vorschlag der sozialdemokratischen Gewerkschaften, mit einer von ihnen vorgeschlagenen Kommission zu verhandeln, nichts wissen wollen. Das ist bitter für Vorholzer und Konsorten, die sich die Ablässe schief gelaufen haben, um sich bei den Arbeitgebern liebkind zu halten. Es ist daher jetzt auch postlerlich zu sehen, wie hoff- und hilflos die herrlichen roten „Führer“ vor den gegebenen Tatsachen stehen. Vorteilhaft sieht dagegen die Entschlossenheit ab, mit der unsere Kollegen gezeigt haben, was sie wollen. In 1/2 bis 3 Tagen hatten sie über den ganzen Schwarzwald imposante Versammlungen zusammengebracht, in denen mit heller Begeisterung den Ausschüßungen unserer Referenten zugestimmt wurde. Wir glauben am besten die augenblickliche Lage und Stimmung, sowie unser Ziel darzulegen, wenn wir die von den Versammlungen überall angenommene Resolution zum Ausdruck bringen. Diese hat folgenden Wortlaut:

„Die heutige von den Schwarzwald-Arbeitern der Uhren- und verwandten Industrien äußerst zahlreich besuchte Versammlung bedauert die Haltung des Arbeitgeberverbandes, der, obwohl selbst

eine Organisation mit einer solchen der Arbeiter keine Unterhandlungen pflegen will. Die Versammelten können sich eine solche ungeliebte Haltung in unserer fortschrittlichen Zeit nicht erklären. Sie halten daher daran fest, daß auch in Zukunft auf Verhandlungen von Organisation zu Organisation bestanden werden muß. Da sich aber die Versammelten der Tragweite eines ernstlichen Konfliktes für die ganze Industrie vollhaft bewußt sind, wollen sie kein Mittel unterjocht lassen, um zu einer friedlichen Erledigung der schwebenden Fragen zu gelangen. Sie erblicken daher unter den gegebenen Umständen darin, daß die Arbeitgeber auf den schon früher von den christlichen Gewerkschaften vorgeschlagenen Weg mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln, zurückgegriffen haben, ein solches Mittel, mit dem sich ein Ausgleich finden läßt. Die Versammlung beauftragt deshalb die gewählten Ausschüsse von neuem Verhandlungen mit den Arbeitgebern anzubahnen.“

Die Versammelten bauen jedoch darauf, daß die Arbeitgeber das gegebene Ehrenwort, den Forderungen der Arbeiter auf dem vorgeschlagenen Wege entgegenzukommen, in gerechter Weise einlösen. Gleichzeitig aber wird der Ansicht Ausdruck verliehen, daß alle Arbeiter die unbedingte Pflicht haben, die Reihen der christlichen Organisationen weiterhin in derselben Weise zu füllen, wie es durch die Massenbeiträge zum christlichen Metall- und Holzarbeiterverbande in der letzten Zeit geschehen ist. Sollte wider Erwarten der vorgeschlagene Weg zu keinem Resultate führen, beauftragt die Versammlung die christlichen Verbände weitere Schritte zu unternehmen.

Sie erwartet aber ferner, daß dann die sogenannten „freien“ sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht mehr in so schosser Weise die Arbeiterinteressen verraten, wie dies in der jetzigen Bewegung geschehen ist. Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem hinterhältigen, heimtückischen und schosser Verhalten der sozialdemokratischen Verbände und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch den in Triberg durch die sozialdemokratischen Verbände begangenen schmällichen Verrat, die Bewegung schwer geschädigt wurde. Die Versammelten verpflichten sich daher, unermüdet für den Ausbau der christlichen Organisation zu arbeiten, der sie rückhaltlos das volle Vertrauen aussprechen.“

Damit ist unser Weg deutlich gekennzeichnet. Obwohl wir uns klar sind, daß die soziald. Verbände den Arbeitgebern in die Hände gearbeitet haben, wollten wir doch einmal die Arbeitgeber beim Wort fassen und sie dadurch, daß wir in Triberg die Kündigung wieder zurückgezogen, auf Herz und Nieren prüfen, ob sie nun ihr Wort halten und die Wünsche der Arbeiter erfüllen. Dazu kam noch, daß der soziald. Verband in Triberg nicht gekündigt hatte und gewillt war, den Streikbruch zu sanktionieren. Natürlich haben jetzt die Arbeiter in ihrem eigensten Interesse alle Ursache, die Reihen unserer Organisationen mit aller Energie zu stärken, um einerseits gegebenenfalls die Arbeitgeber an ihr Wort zu erinnern, andererseits aber der Gefahr vorzubeugen, daß die neue Arbeitgeber-Organisation ihre Macht dahin ausnützt, unfließig gewordene Arbeiter durch schwarze Listen vom weiteren Brotenerwerb auszuschließen. Sinnmäßig waren die Versammlungen aber auch überall besonders darin, daß der Umstand, daß bisher auf dem Schwarzwalde nur da Verträge abgeschlossen werden konnten, wo die Christlichen die Mehrheit hatten und die Roten nach dieser Seite keinen anderen Erfolg aufweisen können, als wie über die Christlichen zu schimpfen und herzufallen, um die eigenen Mißerfolge und Schandtatzen zu verdecken, dazu beitragen muß, die Arbeiterschaft in Massen unseren Organisationen zuzuführen. Ein Kollege gab richtig die Stimmung der Versammlungen wieder, wenn er ausführte: „Die roten Arbeiterverräter gehören hinausgeworfen zum Schwarzwald, höchstens sollen noch einige zurückgelassen werden, um als abschreckendes Beispiel zu dienen.“ Besonders bemerkenswert ist, daß diese Stimmung am kräftigsten in Triberg, also an dem Orte zum Ausdruck kam, den sich die sojd. Verleumdung in erster Linie für ihre schosser Angriffe ausgedient hatte. Besonders Interesse aber verdient die großartige Denkwürdigkeit, welche die soziald. Verbände bei der Abstimmung über obige Resolution zeigten. Während u. a. in Triberg die „Genossen“ gegen dieselbe stimmten, gaben sie derselben in Furtwangen und Neustadt ihr Zustimmung. Sie sind also selbst der Ueberzeugung, daß ihre Organisationen die Arbeiter verraten haben. Eine solche Rückgratlosigkeit hatten die „Genossen“ aber schon früher an den Tag gelegt, indem sie unserer ersten Resolution in Triberg, Schramberg und Lauterbach zuerst zustimmten, nach 8 Tagen aber wieder dagegen waren. Also bald hot, bald hüh herum, aber alleweil recht dumm. Wie übrigens der fastam bekannte „Genosse“ Vorholzer seine Leute einschätzt, bewies er durch die an Größenvahn grenzende Prahlerei: Wenn ich zu den Arbeitern sage: „Kinder, kommt raus aus dem Betriebe, dann kommen sie heraus und streiken und wann ich den letzten Mann mit der Hundepötsche holen muß; sage ich aber wieder, Kinder geht herein, dann ist der Streik beendet.“ Das dürfte den denkenden Arbeitern genügen. Es ist daher auch gar nicht verwunderlich, wenn sich die Uebertritte zu unserem Verbände mehren, weil die nicht fanatischen, ruhig überlegenden „Genossen“ mit der schmällichen Verräterei ihrer Führer selbst nicht einverstanden sind. Auch öffentliche Lossagungen haben bereits stattgefunden.

So erklärte ein Kollege in einer öffentlichen Versammlung: „Ich schäme mich, daß ich so viele Jahre bei den Sozialdemokraten war und nun sehen muß, was da für Arbeiterverrat getrieben wird, ich trete noch heute zu den Christlichen über.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. Nov. bis 1. Dezember 1906 fällig ist.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzufenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Zugzug ist ferngehalten von Schreibern nach Stadt Ober-Schlesien (Aug. Habel), Braunschweig, Hacht von Wärsen- und Wänselmachern nach Boch, Nieber von Klavierarbeitern nach Stuttgart.

Lohnbewegung der Vergolder in Düsseldorf. Wie schon früher mitgeteilt, haben sich in Düsseldorf eine Anzahl Kollegen aus dem früheren Vergolder-Verbande zu Zentralverbände angeschlossen und eine Sektion der Vergolder gegründet. Dieselbe hat sich durch das rege Mitarbeiter-Kollegen erfreulicher Weise gut entwickelt, sodaß darauf achtet werden konnte, Forderungen für die Kollegen zu erreichen. Letzteres ist bereits geschehen und durch mehrere Verhandeln auf friedlichem Wege eine Lohnerhöhung von bis 5 Pfg. pro Stunde erzielt worden. Sache der Kollegen ist es nun, das Erreungene hochzuhalten, treu zur Organisation zu stehen und ihr immer neue Mitglieder zuzuführen. Kollegen anderorts aber mögen sich ein Beispiel nehmen ihren Düsseldorfser Berufs-Kollegen und geschlossen eintreten den Zentralverband Christl. Holzarbeiter, denn nur durch Organisation ist es möglich, Vorteile für die Kollegen zu erzielen.

Aus den Verbandsbezirken.

12. Bezirk.

Mehr Agitation — mehr System in die Agitation. war der Grundton, der sich durch die Verhandlungen Konferenz des 12. Bezirks am 11. November in Elberfeld hindurch zog. Unleugbar wird nicht immer taktisch richtig der Agitation verfahren; das Stagnieren im Bezirk ist genug dafür, sodaß die Konferenz, um eine Wendung Besseren herbeizuführen, eine Notwendigkeit war. Es scheint es doch, so wenigstens ließen die Delegierten sich nicht, als wenn in letzter Zeit ein anderer Zug durch Zahlstellen geht, der das Beste für die Weiteragitation erzielt. Die wesentlichste Vorbedingung für eine erfolgreiche Agitation ist wohl die, ein Zusammenwirken aller verbaren Kräfte in die Wege zu leiten. Desgleichen muß planlose Arbeiten unterbleiben; bestimmte und klar abgegrenzte Aufgaben dagegen müssen energisch und zielbewußt in Angriff genommen werden. Nur dann wird die Agitation, nun einmal viel Opfermut und Arbeitsfreudigkeit entsprechend der aufgewandten Mühe auch Gewinne angliedern garantieren.

Erfreulicherweise zeigte sich die ausgiebige Diskussion anbeacht der gegebenen Sachlage, vollkommen auf der Höhe. Die einzelnen Diskussionsredner waren sichtbar bemüht, Ausweisen der verschiedenen Gedanken durch Gegenüberstellen von pro und contra herbeizuführen; die Situation im Bezirk selbst durch Mitteilen praktischer Erfahrungen zu klären.

Als Ergebnis der Verhandlungen fasste und tätigte die Konferenz den Beschluß, eine Bezirks-Agitations-Kommission einzusetzen, die die Verpflichtung übernimmt, die gegebenen Anregungen in die Tat umzusetzen. In diese Kommission außer dem Bezirks-Vorsitzenden die Kollegen Laubert, Buschmann-Solingen, Jäger-Kemscheid, Spormann-Schwelm gewählt. Die Konferenz, die nicht bei bemerkt, von zwei Zahlstellen leider nicht, von den übrigen dagegen im Durchschnitt mit 4—5 Kollegen besetzt, konnte somit zu einem Wendepunkt in der Geschichte des Verbandes im Bergischen Land werden, vorausgesetzt, daß Worten nun auch die Taten folgen. Wohl ist gerade Bergische Land insolge seiner eigentümlichen industriellen auch konfessionellen Verhältnisse überaus schwer zu bearbeiten, wohl haben wir hier mit den radikalsten, weil auf historischem Boden aufgewachsenen, sozialdemokratischen Hebern zu tun, aber nicht wird uns hindern, trotz aller Hindernisse — ein Feind, viel Ehr — für unsere ideale Ziele unermüdet einzutreten. Zielbewußt, aber sachlich und ruhig durchgreifend, wenn es notwendig ist gegen den „Freiheits- und wahrheitsliebenden“ „Genossen“, aber einer Form, die nicht den Menschen als solchen verachtet, sondern die die Sache trifft. Darin liegt eben der Reiz unseres Ideals, daß wir den Gegnern als Menschen lieben, seine Ideen dagegen der ganzen Wucht unserer Beweisführung entgegenkämpfen. Die Kraft unserer Ideale ist so groß, daß auch ohne die von gegnerischer Seite beliebte Anwendung äußerer Machtmittel ihrer siegreichen Einzug in die Reihen der Arbeitermasse halten werden; vorausgesetzt, daß von das notwendige Maß von Aufrüstungsarbeit geleistet wird. Kollegen im ganzen deutschen Vaterland, was tut uns zu dieser Arbeit? Schulung, Schulung und Schulung, als Schulung in allen Fragen des wirtschafts- und gewerkschaftlichen Lebens, denn Wissen ist Macht; geistig bedeutsamsten Richtung in der Arbeiterbewegung wird der endgültige Sieg zufallen. Ernste Zeiten erfordern ernste und ganze Männer, die Konferenz aber ernannt Zahlstellen des Bezirks, und sofern es auch andere gebrauchen können, diese mit, sich als zeitgemäß zu erweisen, sich mit ganzer Energie den Aufgaben des Verbandes zu widmen. Mit einem Rückblick auf das befriedigende Ergebnis der Konferenz schloß sodann der Bezirksvorsitzende dieselbe, viele zu früh, mit einem begeistert aufgenommenen Hoch unseren Verband.

13. Bezirk.

In der am Sonntag, den 18. November in Biersen gehaltenen Konferenz des 13. Bezirks waren alle Zahlstellen mit einer größeren Anzahl Delegierten vertreten. Der Berichterstatter wurde von den einzelnen Delegierten auf große Interessenlosigkeit der indifferenten Kollegen hingewiesen. Zurückzuführen sei dieses zum Teil auf die im Bezirk sehr verbreitete Frauenarbeit in der Textilindustrie. Hier die Frauen und die heranwachsenden Töchter in der Fabrik oder mit Heimarbeit beschäftigt, fragen auf diese Weise Unterhalte der Familie bei, und deren Männer oder Väter glauben dann, die Organisation nicht notwendig zu sein.

basir aber an allen möglichen Vergütungs- und Klim-
 erette beteiligt. In mehreren Zahlstellen hält es sehr
 geeignete Vertrauensmänner und Vorstandsmittglieder
 halten. Von den neu errichteten Zahlstellen wird über
 Druck seitens der Arbeitgeber berichtet. In den kon-
 fessionellen Vereinen mangelt es vielfach noch an dem nötigen
 Anbnis für unsere Bestrebungen, hier ist noch viele Auf-
 arbeitsarbeit nötig. Ein Lokalausflug von 10 Pfg. pro
 wird in vier Zahlstellen erhoben, während in zwei Zahl-
 ein solcher noch nicht durchzuführen war. Der Bestand
 Lokalkasse kann nur in einigen Zahlstellen als befriedigend
 die übrigen müssen für eine baldige Stärkung Sorge
 Die Mitgliederziffer ist in allen Zahlstellen, mit einer
 Ausnahme, im Steigen begriffen. Verbesserungen des Arbeits-
 lammes durch die Organisation konnten von drei Zahlstellen
 werden. Eine Zahlstelle hat einen Fachkurs für
 enbau in die Wege geleitet. Die auf der Konferenz vor-
 Verwaltungsbücher gaben Gelegenheit auf die Not-
 wendigkeit einer exakten Buchführung zu verweisen und praktische
 ungen zu geben. Gewünscht wurde die Herausgabe
 Agitationsbroschüren zum Massenvertrieb.

Ueber die inneren Aufgaben der Zahlstellen und unserer
 en Organisation in Bezirke referierte sodann Kollege
 em Düsseldorf. Er wies hin auf die notwendige, unerläß-
 liche Kleinarbeit in der Werkstätte und in den Wohnungen,
 Vertrauensmännern, auf eine exakte ordentliche Buch-
 ung und richtige Vorbereitung und Durchführung der Ver-
 angen. Weiterhin sprach er über die notwendige weitere
 ung der Mitglieder, die zweckmäßige Aufklärung und
 ung der Frauen für unsere Bewegung und der
 ung einer größeren Energie in der Agitation. Auf die
 ung der jüngeren Arbeiter müsse mehr Wert gelegt
 die Arbeitsnachweise besser ausgebaut und zentralisiert
 Auch die Forderung der gewerblichen Ausbildung
 Mitglieder müßten wir uns angelegen sein lassen und
 arbeitsnachweise sich mehr wie bisher gegenseitig unterstützen.
 In der sehr lebhaften Diskussion wurde noch mancher
 che Wink gegeben in Bezug auf die Leitung der Zahl-
 Arrangierung der Versammlungen und Betreibung
 intensiven Agitation. Besonderer Wert soll auf die Haus-
 on und die Agitation in den konfessionellen Vereinen
 werden. Betont wurde weiter, daß die Zahlstellen in
 Verkehr bleiben sollen mit dem Bezirksvorsitzenden und
 Sekretariate. Nach einem begeisterten Schlussworte
 Bezirksvorsitzenden wurde die Konferenz geschlossen. Abends
 dann noch eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab-
 en, zu welcher die Frauen eingeladen und auch zahlreich
 en waren. Hier wurden dieselben hingewiesen auf
 roße Bedeutung, welche die Gewerkschaftsbewegung für
 eiberfrauen hat und deren eifrigste Mitwirkung und
 ung erbeten. Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bamberg. Nochmals die Ortskrankenkassenwahl. Die „Volks-
 „ das Leiborgan der „wahrheitsliebenden „Genossen“, die
 und nicht weit genug aufmachen kann vor Entrüstung, wenn
 ein Mitglied der verfaulten und verlotterten bürgerlichen
 schaft oder ein christlicher Arbeiter die geringste Kleinigkeit
 werden kommen läßt, hat über den schändlichen Wortbruch
 Aufgeklärten Zeit Wort des Tadel und des Unwillens.
 264 der „Volkstribüne“ wird dieser schmachvolle Wortbruch
 äußeren Brüder in der III. Gruppe noch gewissermaßen
 ntri. Sie schreibt wörtlich:

„Ortskrankenkassenwahl. Die Delegiertenwahl der Arbeit-
 er fand am Samstag Abend im Saale der Hofenau bei
 einer Wahlbeteiligung statt. Nur in der III. Gruppe,
 Schreiner und Zimmerleute, hatte die Wahl mehr Effekt,
 von Seiten der Schreiner gegen die Kompromißliste eine
 rechte Liste aufgestellt war, die mit großer Mehrheit siegte.
 ich ein Zeichen, wie verhaßt ein Kompromiß ist, noch dazu
 einer solchen Gesellschaft, die bei jeder Gelegenheit den
 ernen, organisierten Arbeitern in den Rücken fällt und be-
 pft. Es gehört schon eine große Ueberwindung dazu, einen
 mit so zweifelhaften Namen abzugeben“.

Auf wen diese Worte zutreffen, wird wohl jeder Kollege
 erkennen. Nach diesem Vorfall aber werden die christlichen
 den Wert eines, von einem „Genossen“ abgegebenen
 Wortes einschätzen. — Kollege Springer rieth im Namen
 ereinigten christlicher Arbeiter folgendes Protestschreiben an
 Vorsitzenden des sozialdemokratischen Gewerkschaftsartikels,

Bamberg, den 1. November 1906.

An das Kartell der freien Gewerkschaften hier,
 i. Händen dessen Vorsitzenden, Schreiner Pelikan.

Bei der jüngsten Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse hat
 eine Anzahl Ihrer Genossen der III. Gruppe beliebt, ent-
 unserer Abmachung eine Sonderliste aufzustellen, dieselbe
 letzten Augenblicke durchzubrüchen und damit unsern Kom-
 anz zu durchbrechen.

Damit hat die sozialdemokratische Partei gezeigt, daß es
 nicht um eine beiderseitige erspriechliche Förderung der
 Interessen der Ortskrankenkasse zu tun ist. Sie hat vielmehr
 diesen Kompromißbruch die Mehrheit der Stimmen auf
 Seite gebracht, um sich sonach, wie bereits in früheren
 en, zum Kleinherrscher in oben genannter Klasse gemacht,
 hat an Stelle der ruhigen, friedlichen Entwicklungsperiode,
 und welche die Parteien im besten Einvernehmen wirkten,
 der die Periode der Kämpfe herausbeschworen.

Wir erblicken in diesem Vorgehen einen Vertrauens- und
 bruch der schlimmsten Art und protestieren auf das Ent-
 schieden gegen eine solche Handlungsweise, die unter Männern
 Ehre sonst nicht vorzunehmen pflegt und daher auch in
 öffentlichen Meinung bereits allseitige Verurteilung ge-
 hat.

Nach der rechtlichen Seite hin erübrigt nur noch die
 klärung, daß auch wir, angesichts dieses Wortbruches, uns
 ernen vertragmäßig stipulierten Abmachungen für entbunden
 und uns weitere Schritte vorbehalten werden“.

Die Genossen erhielten von den christl. Arbeitern Bambergs
 eine weitere Antwort in der am 8. November im Saale
 Hofenau stattgefundenen Protestversammlung. Die Versam-
 lung war zahlreich besucht. Auch einige Gegner waren anwesend.

Kollege Springer eröffnete dieselbe und erteilte Herrn Gemeinde-
 bevollmächtigten Schneyer das Wort, welcher sich eingehend über
 die Verhandlungen, die zum Kompromißabschluss führten, verbreitete.
 Herr Schneyer wandte sich in scharfen Worten gegen die Genossen,
 die diesen Vertrag auf Ranneswort gebrochen, und verurteilte auf
 das Entschiedenste das Vorgehen derselben. Als Herr Schneyer
 einen Artikel der „Volkstribüne“ vorlas, worin der „Doktor“
 Straub den Treubruch seiner Getreuen bei der Krankenkassenwahl
 als eine „Lappalie“ bezeichneten, ertönten aus den Reihen der
 Versammelten laute Pfuiwufe. — Herr Schneyer brachte sodann einen
 Antrag ein, der dahinging, daß sämtliche christliche Delegierte und
 Erfakmänner der Ortskrankenkasse, die gewählt wurden, erklären
 sollten, die Wahl nicht anzunehmen. Kollege Springer erteilte
 dann das Wort dem Kollegen Arbeiterreferat Trochmann, welcher
 mit scharfen Worten den Vertrauensbruch der „Genossen“ ge-
 heilte. Trochmann forderte bei der Krankenkassenwahl geläuscht wurde,
 ist es immer noch besser, wir sind die Betroffenen, als die Betrüger.
 Nedner zog dann den Vergleich, wer eigentlich die gute und die schlechte
 Gesellschaft sei. Wenn die „Volkstribüne“ und die schlechte Gesellschaft
 nennt, dann müssen die Kolen die bessere Gesellschaft sein, was
 dieser jüngste Vorfall beweist. Der Nedner erläuterte die Ent-
 stehung und Entwicklung des Kranken- und Invalidenversicherungsgesetzes,
 wo überall die patentierten Vertreter der „Genossen“ da-
 gegenstimmten. Die Sozialdemokratie, sagte Nedner, ist Kompromiß-
 unfähig. Trochmann forderte zum Eintritt in die christl. Gewerks-
 schaften und um rege Betätigung der Mitglieder in denselben
 auf. Er schloß mit einem warmen Appell an die christl. Arbeiter,
 bei der bevorstehenden Gewerkegerichtswahl alle Kraft einzusetzen,
 damit möglichst viel Kandidaten der christlichen Liste gewählt
 werden und überhaupt bei allen sozialen Wahlen künftig ohne
 Kompromiß gute Erfolge erzielt würden. Kein christl. Arbeiter
 dürfe an der Wahlurne fehlen. — Wir werden uns die Vorgänge
 für die Zukunft merken und mit einer solchen Gesellschaft nie
 und nimmer mehr paktieren. Eine solche Gesellschaft, die einen
 Bruch, eines auf Ehrenwort abgeschlossenen Vertrages als eine
 Lappalie betrachtet, ist uns viel zu moralisch versumpft, als daß
 wir uns mit ihr weiter befassen. Unsere Kollegen und die christl.
 Arbeiter Bambergs aber werden den wortbrüchigen, roten Brüdern
 am Tage der Gewerkegerichtswahl die ihnen wohlverdiente Ant-
 wort erteilen.

Vottrop. Am Sonntag den 18. November fand hier eine
 öffentliche Holzarbeiter-Versammlung statt, zwecks Gründung einer
 Sektion unseres Verbandes. Derselbe war dank der rührigen
 Agitation einiger Kollegen des Bauhandwerkerverbandes verhält-
 nismäßig gut besucht. Kollege Ruff von Essen war als Referent
 erschienen. Derselbe führte uns die bedeutende Erstarkung der
 christlichen Gewerkschaftsbewegung innerhalb des letzten Jahrzehnt
 vor Augen. Es sei die moralische Pflicht eines jeden noch fern-
 stehenden christlich-gesinnten Arbeiters sich den christlichen Gewerks-
 schaften anzuschließen. Für uns Holzarbeiter könne selbstredend
 auch nur der Zentralverband christlicher Holzarbeiter in Frage
 kommen. Leider hätten es manche Kollegen noch nicht eingesehen,
 daß nur einzig durch die Organisation unsere Lage verbessert
 werden könne. Zudem spielten die Unorganisierten auch noch die
 Lohnrücker, für die organisierten Kollegen in der näheren Um-
 gegend, wenn dieselben dort für die Eringung besserer Verhält-
 nisse kämpften. Dieses müsse für die Zukunft unbedingt anders
 werden. Kollege Ruff führte uns die Orte an, wo in diesem
 Jahre durch die Organisation wieder bedeutende Erfolge für die
 Kollegen erzielt wurden. So in Essen, Bochum, Dortmund bis
 zu 8 Pfg. pro Stunde. Er zeigte uns auch ferner ein Beispiel
 an dem hiesigen Bauhandwerkerverband. Die Kollegen hätten
 durch ihre Organisation fast denselben Stundenlohn wie in den
 Städten Essen, Dortmund usw. Dahingegen hätten wir noch die
 11 stündige und noch längere Arbeitszeit, und Stundenlöhne von
 32 bis 40 Pfg. Hier könne nur eine Besserung eintreten, wenn
 wir uns Mann für Mann der Organisation anschließen. Daß
 die Vottroper Kollegen gewillt sind, nunmehr auch mitzuarbeiten
 an dem Ausbau unseres Verbandes, zeigte das erfreuliche Resultat,
 daß sich sofort 21 Kollegen zur Annahme bereit erklärten. Die
 Sektion ist der Zahlstelle Essen angeschlossen und wurde gleich-
 zeitig ein Lokalauftrag von 10 Pfg. die Woche, eingeführt. Zum
 provisorischen Vorstand wurden folgende Kollegen, Schriftführer
 Bernard Brinninghoff, Bevollmächtigter Johann Ködigen, Karl
 Dumagala, Vertrauensmann, gewählt. Ferner wurde beschlossen,
 die Versammlungen vorläufig Sonntags nachmittags 2 Uhr abzu-
 halten. Die nächste Versammlung findet statt am 2. Dezember.
 Kollegen, lange hats gedauert, bis wir hier Fuß gefast haben;
 sozge nun ein jeder dafür, daß bald der letzte Holzarbeiter von
 Vottrop und Umgegend unserm Verbandszugeführt ist; denn
 Einigkeit macht stark.

Mengede. Es könnte den Anschein erwecken, als ob die
 Zahlstelle Mengede bereits wieder von der Wildfähe verschunden
 sei. Daß es hier und in der Umgegend vorwärts geht, zeigte
 uns unsere öffentliche Versammlung vom 4. November, in welcher
 Kollege Schick über das Thema: „Wie verbessern wir unsere
 Lage“ sprach. Mit spannender Aufmerksamkeit folgten rund 40
 Kollegen den Ausführungen, welche klar und deut-
 lich zeigten, daß uns nichts anderes helfen kann, als das, was
 andern Ständen bereits geholfen hat, nämlich der Zusammenschluß.
 Wenn wir uns zusammenschließen in der Organisation, dann
 werden auch für uns bessere Zustände geschaffen werden. Der
 reiche Beifall zeigte, daß die Anwesenden mit den Ausführungen
 einverstanden waren. Auch hat sich sonst gezeigt, daß die Kollegen
 von Mengede und Umgegend endlich Ernst mit der Verbesserung
 ihrer Lage machen wollen. Hat doch unsere Zahlstelle seit zwei
 Monaten stark zugenommen. Ein deutlicher Beweis dafür, daß
 es vorwärts geht. Daß wir eine starke Organisation schaffen
 müssen, welche den Uebergriffen des Arbeitgeberkartells entgegen zu
 treten in der Lage ist, beweisen uns auch einige örtliche Vorgänge.
 Es ist wohl angebracht, auch von dieser Stelle aus darauf hinzu-
 weisen, daß wir hier noch eine Firma haben, welche sich nicht
 scheut, ihren Maschinenführern 40 Pfg. als Stundenlohn anzu-
 bieten. Die Firma Baummeister ist es. Des weitern wurde am
 Donnerstag den 15. d. Mis., einer unser agitatorisch tätigen
 Kollegen von der Firma entlassen, ohne Angabe von Gründen,
 trotzdem derselbe auf dem Kontor vorstellig wurde und die An-
 gabe der Gründe verlangte. Vielleicht hat man gedacht, dadurch
 einen Agitator los zu werden. Schon vor einigen Wochen wurde
 dem Kollegen vom Polier gesagt, er solle doch nicht so viel vom
 Verband sprechen. Die Firma sucht jetzt wieder Maschinenführer
 in hiesigen Zeitungen, mit dem Zusatz: „Verheiratete werden be-
 vorzugt“. Ob man nun denkt, einen Verheirateten auch mit 40
 Pfg. abspießen zu können? Möglich ist es schon, wurde doch
 anderen Kollegen auch hoher Lohn und dauernde Arbeit in
 Aussicht gestellt. Wir müssen nun dafür Sorge tragen, daß einem
 solchen Arbeitgeberkartell ein „Bis hierher und nicht weiter“ zuge-
 rufen wird. Der Zwißferentismus muß beseitigt werden. Gibt
 es doch noch Arbeiter, die das verdiente Geld der Mitarbeiter für
 andere Zwecke benutzen und in Schnaps unsetzen. Beschwerde-
 führung beim Polier blieb in allen Fällen ohne Erfolg. — Sorgen

wir dafür, daß uns in hiesiger Gegend ein kräftiger Rückfall ge-
 schaffen wird in unserm Verbands. Sorgen wir dafür, daß inner-
 halb Jahresfrist kein unorganisirter Kollege in der Umgegend
 von Mengede zu finden ist. Ein jeder muß ein Agitator sein.
 Denken wir uns auch den Artikel in Nr. 39 unseres Organs:
 Ans Werk. Gerade hier, in unserer näheren Umgebung gibt es
 noch so vieles zu schaffen. Die kleineren Orte bedürfen noch einer
 regen Arbeit. In Waltrop z. B. ist bereits der Anfang gemacht.
 Die Kollegen daselbst arbeiten mutig vorwärts. Die Mengeder
 können sich ein Beispiel daran nehmen. Ein jeder muß mit in
 die Agitation eingreifen. Darum an die Arbeit! „Wir wollen
 sein, ein einzig Volk von Brüdern und uns nicht trennen, in Not
 noch in Gefahr“.

Münzberg. Im „Herulesaal“ fand am 22. Nov. eine
 öffentliche christliche Arbeiterversammlung statt, die ungefähr von
 3000 Personen besucht war. Verbandssekretär Junke (München)
 und Arbeitersekretär Trochmann referierten über die Notwendigkeit
 der konfessionellen Arbeitervereine und der christlichen Gewerks-
 schaften. Den erschienenen „Genossen“ ging die imposante Ver-
 sammlung in ihrer Hochburg und besonders die kernigen Wahr-
 heiten, die sie gesagt bekamen über den Strich. Sie versfielen
 zeitweise in eine Art Raserei, die in ein ohrenbetäubendes Ge-
 brüll und Stampfen mit den Füßen ausartete. Alles zischen,
 pfeifen und Faustballen half nichts, sie konnten ihre Absicht, die
 Versammlung zu sprengen, nicht ausführen. Nach den Referaten
 folgte freie Diskussion. Eine Reihe „Genossen“ meldeten sich zum
 Wort und schwägen den größten Unfinn. Einer sagte: Seit der
 Sozialismus existiere, stehe es mit der Sittlichkeit viel besser; an
 der Sittenlosigkeit sind die Pfaffen schuld, die Christlichen haben
 keine Bildung. Ein anderer schrie: „Die Christlichen haben kein
 Solidaritätsgesühl, sie sind Arbeiterzerpfitterer“ u. s. w. Als der
 Kollege Sauer die Schwäger jämmerlich zudeckte, ging der Rabau
 erst recht los. Die „Genossen“ rannien wie besessen hin und
 her. Einer sprang aufs Podium und wollte dem Vorsitzenden
 Weisungen geben, ein anderer wollte in die Rednerliste einge-
 schmuggelt sein und sofort. Ein Antrag auf Schluß der Debatte
 machte dem Treiben ein Ende. Nachdem eine Resolution mit
 großer Majorität angenommen war, zogen die „Genossen“ den
 Sozialistenmarsch singend von dannen. 1000de christliche Arbeiter
 stimmten „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Nur den
 christlich gesinnten Arbeitern ist es zu verdanken, daß es nicht zu
 Tätlichkeiten gekommen ist. Die „Genossen“ und ihre Führer
 haben gezeigt, daß sie einander wert sind. Ihre Rohheit ist hier
 wieder deutlich in die Erscheinung getreten. Die sozialdemokra-
 tische Erziehung trägt Früchte.

Bildhauer.

Gelsenkirchen. Zu einer am Samstag, den 23. cr. statt-
 gefundenen Besprechung hatten sich eine Anzahl Holzbildhauer
 eingefunden, welche ihren Beitritt zum Zentralverband christli-
 cher Holzarbeiter erklärten. Die Neuaufgenommenen ver-
 sprachen nach Kräften dahin wirken zu wollen, die noch fern-
 stehenden Kollegen unserem Verbands zuzuführen. Auch
 beabsichtigten die Bildhauer für Gelsenkirchen eine eigene
 Zahlstelle der Bildhauer zu gründen, welcher die Kollegen
 der Nachbarschaft sich anschließen sollen. Interessant war es
 zu hören, wie die Bildhauer erklärten, daß ein großer Teil
 der Bildhauer gezwungenerweise dem Zentralverein der
 Bildhauer Deutschlands (sozialdemokratischer Verband) ange-
 hörte. Letzteres wurde sogar von einem anwesenden Mit-
 gliede des genannten Zentralvereins zugegeben. Einige
 Kollegen gaben auch der Befürchtung Ausdruck, daß sie als
 Mitglieder einer christlichen Organisation auch wohl noch viel
 unter dem Druck der sogenannten „Freiorganisierten“ zu
 leiden haben würden. Kollege Schick, Bochum zerstreute die
 Befürchtungen, betonen, daß die Zeit vorüber sei, in welcher
 christliche Arbeiter den Nachmitteln der „Genossen“ sich
 beugen müßten. Die christliche Gewerkschaftsbewegung sei
 heute so stark, daß sie in der Lage sei ihre Mitglieder in
 jeder Weise zu schützen. Mögen nunmehr auch die Kollegen
 der Organisation treu bleiben und weitere Mitglieder werben.

Tapezierer und Saffler.

Söln. Vorbei sind wieder die heißen Tage des Sommers,
 an denen wegen der vielen Arbeit und des schönen Wetters wenig
 in gewerkschaftlicher Beziehung geschieht. Jedoch jetzt an den langen
 Abenden kommt wieder neues Leben in die Zahlstellen; mit doppeltem
 Eifer wird jetzt wieder für unsere Sache gearbeitet und unter den
 noch fernstehenden Kollegen agitiert. Daß auch in unserer Orts-
 gruppe frisches Leben herrscht, das Bezeugen unsere letzten Mitglieder-
 Versammlungen, die sehr gut besucht waren. Auch die Agitation
 wird jetzt wieder fleißig betrieben und Bezirksattversammlungen ab-
 gehalten, wobei wir auch schon eine schöne Anzahl neuer Kollegen
 gewonnen haben. Heißt es doch auch für nächstes Frühjahr ge-
 rüstet zu sein, bei den sicher nicht ausbleibenden Lohnkämpfen.

Sterbetafel.

Ferd. Binder, gestorben am 22. Nov. zu Mülheim (Rhein).
 Ruhe in Frieden!

Eingesandt.

Ein Wort an die Modellschreiner.

In unserer heutigen Zeit wo alles nach Erlangung
 besserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse strebt, sollte man
 meinen, ständen auch die sonst so intelligent sein wollenden
 Modellschreiner mit an der Spitze. Aber weit gefehlt! Wohl
 in keinem Beruf wird der Zweck der Organisation so wenig
 erkannt, als gerade in unserer Branche. In allen Berufen
 und Branchen regt es sich bei den heutigen teureren Lebens-
 bedürfnissen, die Reihen zu stärken für den Verband und zu
 kräftigen im Kampfe; nur die Modellschreiner scheinen davon
 eine Ausnahme zu machen. Man hört auch bei diesen Leuten
 überall Klagen über lange Arbeitszeit, namentlich den Bau-
 und Möbelschreiner gegenüber, (welche vielfach schon die
 9 stündige Arbeitszeit in den Großstädten haben), während in
 unserm Beruf wohl nirgends unter 10 bis 11 Stunden ge-
 arbeitet wird. Ganz abgesehen von den niedrigen Löhnen,
 Mißständen, Behandlung, Ueberstunden usw. Wohl von keinem
 Beruf der Holzbranche wird heute mehr verlangt, als von
 einem Modellschreiner. Die Entwicklung der Technik in
 heutiger Zeit, stellt die größten Anforderungen an die Kollegen
 in Anfertigung von Massenartikeln, Schablonenarbeiten, ferner

Inbezug auf Genauigkeit und anderes mehr. Auch wird der Rückgang unserer Branche sehr bedauert, weil sich viele Bau- und Möbelschreiner in unserm Geschäft einarbeiten versuchen. Kollegen! woran liegt die Schuld? Nur an uns selbst! Außer Interessenlosigkeit ist es auch ein gewisser Dünkel, welcher die Kollegen von der Organisation abhält. Es fehlt denselben eben das Standesbewußtsein. Viele glauben etwas mehr als ein Handwerker zu sein. Kollegen! Heiget Selbst-erkennntnis, seid Euch endlich Eurer traurigen Lage bewußt! Eben weil dieses noch fehlt, sind noch solche Zustände in unserer Branche vorhanden. Leider gibt es noch eine ganze Anzahl Kollegen, welche für alle sonstige Vereine Zeit und Geld übrig haben, aber zur Hebung ihrer Lage scheuen sie die Beiträge für die Organisation, weil dieselben zu hoch seien. Gerade die vielen Aussperrungen in der Metall-Industrie müßten den Kollegen eine bringende Mahnung sein, die Interessenlosigkeit zur Seite zu stellen, und mit ein-treten in die Reihe der Kollegen, welche unsern Beruf wieder auf die Höhe bringen wollen. Darum Kollegen allerorts ge- wisst zur Gewinnung neuer Berufskollegen! Gründen wir überall wo es angängig, Sektionen, halten wir Werkstat- tungen ab, auf den Fabriken eventuell mit Hilfe des christl. Metallarbeiterverbandes, nie so ein jeder seine Schuldigkeit in seinem eigenen, wie auch im Gesamtinteresse, damit auch in unserem Berufe erträgliche Zustände kommen. Beherzigen wir als christlich gestimmte Kollegen alle die Worte, die ein „Genosse Weller aus Nürnberg auf einer im vorigen Jahre in Halle seitens des deutschen Holzarbeiter-Verbandes einbe- rufenen Konferenz der Modellstecher sagte: „Wir müssen uns alle klar sein darüber, daß wir die christlichen, wie auch S.-D. Modellstecher für uns gewinnen“ u. s. w. Dabei hat der Berliner Modellstecherstreit ja zu Genüge bewiesen, daß nicht der „deutsche“ Verband in der Lage war die Ver- hältnisse zu verbessern, sondern infolge Geldmangel und Ver- richtung von Streikarbeit durch die eigenen Kollegen die Sache fäden ging. Darum sorgt für mehr Ausbreitung unseres Verbandes durch Zuführung neuer Berufskollegen! Bereits haben sich, namentlich in letzter Zeit eine ganze Anzahl unsern Verbände angeschlossen. Sorgen wir dafür, das die Reihen immer größer werden. Darum frisch ans Werk, ihr christlichen Modellstecher, hinein in den Zentral-Verband christlicher Holzarbeiter! F. N.

Gewerkschaftliches.

Das Ende vom Liede. Unsere Kollegen werden sich noch erinnern, wie vor ungefähr 1/4 Jahren das von der Staatsanwaltschaft Freiburg i. B. eingeleitete Verfahren Himmelspach gegen Köblach eingestellt wurde. Himmelspach wollte den Kollegen Köblach wegen Drohung und Erpressung bestrafen. Da ihm dies mißlang, versuchte er sein Glück auf dem Wege der Privatbeleidigungsklage. Gegenstand der- selben waren zwei Artikel, die von dem Angeklagten im „Rabischen Beobachter“ (vom 29. Dezember 1905) und im „Deutschen Holzarbeiter“ (vom 16. März 1906) veröffentlicht wurden. Verschiedener Umstände halber hat sich die Sache bereits ein volles Jahr hingezogen, sodaß erst am Dienstag, den 13. d. M. die Sache zum Austrag gebracht werden konnte. Die Verzögerung war u. a. besonders bedingt durch die nach der Magregelung in verschiedene Orte zerstreuten Zeugen. Die Aussagen der letzteren eröffneten für den Kläger Himmelspach keineswegs besonders rosige Aussichten, indem dadurch die von dem Beklagten aufgestellten Behauptungen mit wichtigen Tatsachen belegt wurden, die teilweise noch mehr zutage förderten, als in einzelnen Behauptungen eigentlich gesagt werden konnte. Diese Umstände mögen neben andern dazu beigetragen haben, daß es Herr Himmelspach trotz besonderer, zum zweitenmale am Vorabend der Verhandlung erfolgten telegraphischen Vorladung vorzog, nicht zu erscheinen. Allerdings gebrauchte er die Entschuldigung, daß es ihm un- möglich sei, zu erscheinen, die Verhandlung solle verlagert werden. Das Gericht ließ sich aber darauf nicht ein, indem das Verfahren gegen den Kollegen Köblach ein- gestellt und der Privatkläger Himmelspach zur Trägung sämtlicher Kosten verpflichtet wurde. Nachdem die Sache für Herrn Himmelspach ein so wenig ruhmvolles Ende genommen hat, sagt man sich doch unwill- kürlich an den Kopf und fragt sich, wie es möglich war, daß ein Mann, der doch wohl voraussehen konnte, welches Material die Zeigenaussagen gegen ihn zutage fördern würden, einen so großen Staatsanwalts- und nächter Gerichtsapparat in Bewegung setzen konnte. Außerdem hat dieser Fall wieder einmal bewiesen, wie vorsichtig man in solchen Fällen die sogenannten Gegen-„Beweise“ durch die Presse aufnehmen muß. Gerade Herr Himmelspach hat die verschiedensten Verichtigungen an die Zeitungen gesandt. Bekanntlich hat sich „Der Arbeiter“ in München infolge einiger formeller Beleidigungen seinerzeit bewegen lassen, eine Erklärung mit Zurücknahme der Beleidigungen abzugeben. Durch die Fassung dieser Er- klärung konnte man zu der Annahme gelangen, daß auch die Behauptungen unwichtig seien. Es fehlte dem auch nicht daran, die Sache nach dieser Seite auszunutzen. So schrieben die auf der Seite des Herrn Himmelspach stehenden „Preis- gauer Nachrichten“ u. a.: „Die gegnerische Partei, die Redaktion des „Arbeiter“, ließ sich aber eine gültige Bei- legung der Sache angelegen sein, die in nachstehender, einem Eingeständnis des begangenen Unrechtes gleichkommender Er- klärung . . . zum Ausdruck kommt. . . .“ Angehängt wird dann die folgende Bemerkung: „Damit ist die An- gelegenheit in ehrenvoller Weise für Herrn Himmelspach er- ledigt. . . .“ Nur schade, daß es natürlich für uns nicht möglich war, mit einer solchen „ehrenvollen“ Erledigung uns zufrieden zu geben. Und jetzt dieser Ausgang.

Nach den Aussagen der gerichtlich vereideten Zeugen ist nun folgendes festzustellen:

1. Das die Entlassung . . . im Jahr bei dem Kläger . . . Holzarbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum christlichen Holzarbeiterverband erfolgte, ist

von den Beteiligten allgemein dargelegt worden. Es ist also nichts damit, daß die Entlassung wegen Arbeitsmangel erfolgte. So sagte der Entlassungszeuge des H. aus: „Arbeits- mangel war aber in der Tat nicht vorhanden, man hätte die Leute beschäftigen können“. Nun lese man, was H. im „Rabischen Beobachter“ seinerzeit erwiderte, daß es „durchaus unzutreffend“ sei, daß er die Arbeiter wegen ihrer Zugehörig- keit zum christlichen Holzarbeiterverband entlassen habe. Dabei gab zu obiger Widerlegung auch der gegnerische Rechtsanwalt die Erklärung ab, daß der Privatkläger gezwungen war, gegen den Verband . . . vorzugehen. Das geschah einfach dadurch, daß die Rabelführer entlassen wurden“. Und dabei behauptete man vorher immer das Gegenteil. Sonderbar mutet es auch an, daß Herr Himmelspach zuerst einem der entlassenen Arbeiter gegen- über erklärte, es sei Arbeitsmangel vorhanden; in seinen Erwidern an die Presse gab er aber Gehorsamsver- weigerung an und zuletzt wird nun, wie wir sehen, Ent- lassung wegen Verbandszugehörigkeit daraus. Warum wohl diese Widersprüche? Weil man eben wußte, daß ein solches unsoziales Verhalten von der öffentlichen Meinung überall verurteilt wird.

2. Fest steht ferner, daß nach der Entlassung Ueber- stunden gemacht wurden.
3. Fest steht, daß nach Aussage eines wichtigen Zeugen die Nichtorganisierten mit Lohnerhöhungen bedacht waren.
4. Fest steht, daß einem Kollegen bei Lohnarbeit je- weils 40 Pfg. an einem Taglohn abgezogen wurden und zwar im Zeitraum von 6 Wochen und daß auf die erstauute Frage, weshalb das geschehen sei, die Antwort erfolgte: „Der Geld für eine Zeitung hat, braucht nicht so viel Lohn“. Der „Arbeiter“ (München) sei ein Feindblatt, der betreffende Kollege solle lieber den „Freiburger Boten“, die „Preisgauer Nachrichten“ oder die „Frankfurter Zeitung“ lesen.
5. Fest steht, daß bedeutende Affordreduzierungen vor- genommen wurden und der Verdienst eines Kollegen z. B. sich um 71 Pfg. im Tag vermindert hat. Auch die geg- nerische Behauptung, daß durch Aufstellung neuer Maschinen die Abzüge reichlich ausgeglichen seien, ist dadurch widerlegt, daß in den letzten 4 Jahren (seit ungefähr Mitte 1902) keine neue Maschine mehr aufgestellt wurde außer Dreh- bänken, die keinen Einfluß ausüben. Auch der Umstand, daß nach Verlauf der 4 Jahre, ungefähr 1—2 Monate vor dem Erscheinen der ersten Artikel, eine solche aufgestellt wurde, kommt nicht in Betracht, weil doch in einer so kurzen Zeit die Lohnhöhe gar nicht entsprechend beeinflusst werden konnte.
6. Es steht weiter fest, daß dem Vorsitzenden der Zahl- stelle versprochen wurde, er habe ständige Beschäftigung, was dann also nicht gehalten wurde. Dieses Versprechen wurde gegeben, weil der betreffende Kollege seine Bedenken ge- äußert hatte, es könnte nach seiner Verheiratung seine größere Abhängigkeit mißbraucht werden.

Endlich seien aus den Zeigenaussagen noch folgende belastende Aussprüche hervorgehoben. Der Zimmermann von B. wurde beschäftigt, obwohl er ein Trinker ist. (Einem der Entlassenen wurde als Grund Blauemachen angegeben; der obige Trinker wurde aber dann beschäftigt.) Ein Zeuge (Ver- bandskollege) sagte aus: „Als ich zuerst anfang, mit einem andern Arbeiter zusammen im Afford Hochstühle zu fertigen, bezahlte mir Himmelspach für das Stück 50 Pfg., während der andere Arbeiter J. Sch. . . ., der jetzt noch beim Privat- kläger arbeitet, 60 Pfg. für das Stück erhielt. Sch. war nicht Mitglied des Verbandes.“

Ein anderer sagte: In keiner Versammlung des Ver- bandes, noch auch sonst wurde beschlossen, den Nichtverbands- angehörigen auf Verlangen nicht an die Hand zu gehen, oder ihnen gar bei der Arbeit nicht behilflich zu sein. Ein Buch- halter gab folgende interessante Aeußerung zu Protokoll: „Die Aeußerung, daß man für den Verband mehr bezahle als be- kommen, tat ich ohne irgend welche positive Kenntnis der Leistung dieses Verbandes, ein Beweis, wie leichtfertige Be- hauptungen in die Welt gesetzt werden. Ferner sagte der- selbe Zeuge, daß er „von Himmelspach gehört habe, er be- zahle jenen Arbeitern mehr Lohn, die für das Geschäft sind und noch in Ordnung sind. Diese Aeußerung legte ich dahin aus, daß jene Arbeiter, die dem Verband nicht angehören, Lohnerhöhung bekommen sollten, während die organisierten Arbeiter davon ausgeschlossen sind.“

Alles in allem bedeutet der Ausgang dieses Prozesses eine wichtige Niederlage für die Firma. Auf der anderen Seite möchten wir nur wünschen, daß die Arbeiter überall so korrekte Aussagen machen, dann wird es möglich sein, ohne Schädigung des Ansehens des Verbandes die Interessen der Kollegen in wirksamer Weise zu vertreten. Pflicht der Kollegen aber ist es, in solchen kritischen Fällen auch fest am Verbande zu halten, auch solange die Entscheidung zweifelhaft ist. Leider ist das im vorliegenden Falle nicht von allen Kollegen in Bombach geschehen, doch besteht die Hoffnung, daß jetzt die Sache anders wird.

Als der katholisch-sozialen „Volks“-bewegung. In Merzig bei Trier haben die Schuhmachermeister beschlossen, die Preise für die Arbeit zu erhöhen. Das passte den Mit- gliedern des dortigen katholischen Arbeitervereins, der dem „Berliner Verbande“ angeschlossen ist nicht, und hat der Verein nunmehr beschlossen, einen Abendkursus einzurichten, in dem das Sohlen und Flicken der Schuhe gelehrt werden kann. Es dürfte demnach in Merzig bald zur Gründung einer Fachab- teilung der Schuhmacher kommen. Wirklich ein großer Fort- schritt das,“ bemerkt dazu die „Vederarbeiter-Ztg.“, „er geht noch über den Beschluß einer Hirsch-Duncker'schen Gewerke- einzahlstelle, nach welchem, zwecks Geistesbildung der Mit- glieder, die Anschaffung einer Drehorgel für gutgeheißenen wurde, hinaus“.

Soziale Rundschau.

Arbeitsmarkt im Oktober. In der Holzindustrie hat dem Reichsarbeitsblatt zufolge nach einigen Berichten die Beschäftigung gegenüber dem September nachgelassen; von der

Mehrzahl wird sie weiter als gut bezeichnet. Sägewerke und holzbearbeitenden Betriebe meistens flott zu tun. In mehreren Provinzplätzen he- streift, die durch teilweise beträchtliche Lohnerhöhung enbet wurden. In Risten- und Fassfabriken trat, n- lich in der zweiten Monatshälfte, eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat ein, doch blieb die Beschäfti- befriedigend. Der Pianofortebau hatte lebht- tun, die Löhne steigen; ein Streik in Stuttgart dauert fort. Aus der Möbelfabrikation lauten die Neu- verschieden. In Stuttgart und bei der Mehrzahl der B- Firmen blieb die Beschäftigung reger; in anderen Or- sie nach. In Berlin fehlten Arbeitskräfte. Im Wage- haben die Bestellungen nachgelassen. Die Arbeitszei- normal. Gegen September haben sich nach den Berichten Facharbeitsnachweise in der Holzindustrie die Arb- gesuche um 471, die Zahl der offenen Stellen um 11 und die Zahl der besetzten Stellen um 53 verm-

Wahlrecht für Frauen in der Invalidenversicherung. Der Bund deutscher Frauenvereine hat an Reichssta- Bundesrat eine Petition gesandt, die in § 88 Absatz 1 Invalidengesetzes enthaltenen Beschränkungen aufzuheben welche den 4/5 Mill. weiblichen Versicherten das Wa- zu den Verwaltungsposten und Beistellstellen beim Ge- richt der Invaliditäts- und Altersversicherung voren- ist. In der Petition wird darauf hingewiesen, daß die § im Krankentafelgesetz den Männern hinsichtlich des rechts gleichgestellt sind und daß bei der Invaliditäts- Altersversicherung der Fall ganz ähnlich liegt, d. h., die Interessen der weiblichen Mitglieder auch durch die Vertreter gewahrt werden müssen. Eine ähnliche Petiti- an das Reichsamt des Innern gesandt, das die Voraus- zu der in Aussicht gestellten Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung zu betreiben hat. Das Reichsamt Innern wird gebeten, bei dem neuen Gesetzentwurfe zu einheitlichung das Wahlrecht der Frauen für Verwaltu- Schiedsgericht vorzusehen.

Die Löhne auf. Das Kohlenyndikat verdient nicht genug. Die armen Grubenbesitzer bedürfen notwen- weise eine Leuerungszulage. Das Kohlenyndikat hat besch- den Richtpreis der Kohle um 1 bis 1,50 Mk. und die Koks um 1,50 bis 2,00 Mk. pro Tonne ab 1. Januar zu erhöhen. Das deutsche Volk würde durch diese leuerung wiederum um rund 200 Millionen Mark j- geschädigt werden, da die Jahresproduktion 140 Mil- Tonnen Kohlen und 20 Millionen Tonnen Koks betrag- dürfte jedoch kaum bei den 200-Millionen Mk. bleiben- diejenigen Hersteller von Brennstoffen, die nicht dem K- syndikat angehören, ohne Zweifel das Beispiel des le- nachahmen und ebenfalls die Preise erhöhen werden. Kartellierung der Industrie kann man in sofern freier gegenüber stehen, als sie Gewähr für die Regelung- Produktion bieten kann. Das Vorgehen des Kohlenyndi- zeigt jedoch, daß es ein Fehler ist, wenn die Regierung Wort in den Gesellschaften mit Monopolstellung mit- darf. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Gesetzg- nach dieser Seite hin eine Änderung erfahren würde.

500 Tischler,
Stellmacher u. sonst. Holzarbeiter
Möbelpolierer
sowie geschickte Handarbeit

möglichst verheiratet, zur Besetzung unserer neuen Fabr-
Dezember 1906 — Januar 1907 gesucht.
Affordverdienst 15 Mk. bis 28 Mk. per Woche, je-
Leistung bei 10stündiger Arbeitszeit und leichter, gleichm-
Beschäftigung. Mindestlohn 15 Mk. per Woche.
Beschäftigung ist dauernd. Wohnungsverhältnisse und Be-
unterhalt sind am Orte die denkbar günstigsten. Meldung
Manz & Gerstenberger, Möbe-
Frankfurt a. O.



Großes Aufsehen und Freude erregt ein Weihnachtsbaum mit mei-

Glas = Christbaumschmu-

Sammlung I mit 320 Stk. in nur äußerlichen hochmod-
bisch. Neheiten als: Geklobt, Fräse mit Sand, Rügen und Glas,
u. Geklobt in Phantasie-Materie Jagdenhölzer, Kunst-Glocken, Farn-
bögel, farbendr. Kugeln, Gläser, Fruchtkörb., hohes Schiff, Schw-
linge, Kasse, Zuglaternen, Mandelinen, Farn im Gl., Betelstaben, B-
mit Gabel und Papagei, Wildkuck in Kofa, schwimmende, B-
Hund mit Goldkette, Diamanten-Angeln und Spiegel-Reflex-
goldene Bibel, reiches Blumenbüchlein, einen Karion Silber-
mit Angeln, Schwam und Glas und verschiedene mit Silberdraht-
Seibengewebe leonisch umsp. neue Dekorationen sowie einen gr-
Wachengel verfertigt aut verpackt frank 5 Mk. (Bei Nachnahme
Gebührermäßig mehr). Als Geschenk lege ich noch bei: 1 Jung-
mit Triumpfbogen aus Silber, 20 cm lang, sowie 1 der neu-
effekt. mehrteiligen Glöckchen-Kleinuhr mit Brillenstern, in
Stellen auf Möbel als Zimmerkuck: 1 pracht. Geklobt mit G-
hohes 1 wunderbarer Rosenhof, mit Sand und Farn, 25 cm hoch,
neueste Erzeugnisse der Kunstfabrik. Sammlung II mit 200 G-
und als Geschenk: 1 Wachengel mit Rosenkranz, 1 Schwam mit B-
schwammend, sowie 1 kunst. Pyramidenhölzer mit Blumenkette (fr-
3,30 Mk. (Nachnahme 20 Pfg. mehr). Größere Sammlung für Pa-
und Barriere 10 Mk. Man verstaue nicht, daß von meinem streng
Angebot zu überzeugen. Für die Geschenke und Stückzahl wird ge-
teter und ich meine Ware jahrelang immer wieder zu gebrau-
Wiele Dankschreiben.

Josef Müller, Ernstthal-Pauscha, Thür.-Wald